

Inhaltsverzeichnis

Einführung	15
I. Rechtfertigung der Untersuchung	15
II. Zur Terminologie: „Doppelte Besteuerung“	17
III. Begrenzung der Untersuchung auf Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung in der allgemeinen Rentenversicherung	18
IV. Gang der Darstellung	19
 <i>1. Teil</i>	
Ausgangslage	20
§ 1 „Quelle“ und „dogmatische Herleitung“ sowie Inhalt des sog. Verbots der doppelten Besteuerung	20
I. Folgerichtigkeitsgebot als steuerrechtsspezifische Ausprägung des Art. 3 Abs. 1 GG	24
1. Verfassungsrechtliche Verortung, Inhalt und Anwendung des Folgerichtigkeitsgebots	25
2. Vorliegend maßgebliche Belastungsgrundentscheidung	30
a) Vergleichssachverhalte mit intertemporalem Einkommenstransfer	31
aa) Aufbewahren von Bargeld sowie Ein- und Auszahlungen auf bzw. von einem Bankkonto	32
bb) Anschaffung und Veräußerung von Grund und Boden oder Aktien (Parallele: Versorgungsanwartschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung)	32
cc) Sonstige Formen organisierter Alterssicherung	35
dd) Zusammenfassung	36
b) Einkommensteuerliche Behandlung der Vergleichssachverhalte nach geltendem Recht	37
aa) Aufbewahren von Bargeld	38
bb) Ein- und Auszahlungen auf bzw. von einem Bankkonto sowie Anschaffung und Veräußerung von Grund und Boden oder Aktien	38
cc) Sonstige Formen organisierter Alterssicherung	41
dd) Zusammenfassung	44
c) Schlussfolgerung für die Besteuerung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	46

II. Objektives Nettoprinzip und Leistungsfähigkeitsprinzip	49
1. Kein Gebot der Abziehbarkeit der Rentenversicherungsbeiträge aus dem einfachgesetzlichen objektiven Nettoprinzip	50
2. Kein Gebot der Abziehbarkeit der Rentenversicherungsbeiträge aus dem unmittelbar verfassungsrechtlichen objektiven Nettoprinzip	52
3. Objektives Nettoprinzip: Abzugsgebot für Ausgaben, nicht Besteuerungsverbot für Einnahmen	56
4. Keine absolute Obergrenze für die Besteuerung und kein Zwang zur Lebens-einkommensbesteuerung aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip	59
III. Art. 14 GG und Art. 2 Abs. 1 GG	62
IV. Ungleichbehandlung im Sinne des Art. 3 Abs. 1 GG zwischen doppelt besteuerten Rentnern und „nur einmal“ besteuerten Rentnern	64
§ 2 Besteuerung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und steuerliche Behandlung der Entrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen	65
I. Besteuerung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	66
1. Leibrenten und andere Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung als dem Grunde nach steuerbare Einnahmen	67
a) Renten wegen Alters, Erwerbsminderung und Todes	70
b) An den Bezug einer Rente anknüpfende Zusatzleistungen: Krankenversicherung der Rentner und Höherversicherung	71
c) Leistungen zur Teilhabe	75
d) Sonstige Leistungen (Beitragserstattungen, Witwen- bzw. Witwerrentenabfindungen, Zinsen)	77
2. Umfang der Besteuerung	82
a) Abhängigkeit des Umfangs der Besteuerung vom Jahr des Rentenbeginns	82
b) Die sog. Öffnungsklausel in § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb Satz 2 EStG	87
aa) Zweck und praktische Relevanz der Öffnungsklausel	88
bb) Aufteilung der erfassten Leistungen	90
cc) Einmalleistungen	92
c) Exkurs: Verfassungswidrigkeit des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb Satz 2 EStG	94
II. Einkommensteuerliche Behandlung der Entrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen	97
1. Sonderausgabenabzug	99
a) Sonderausgabenabzug nur für vom Steuerpflichtigen selbst getragene Rentenversicherungsbeiträge	100
b) Höchstbetrag für den Sonderausgabenabzug	102
c) Abhängigkeit des Umfangs des Sonderausgabenabzugs vom Jahr der Beitragsentrichtung in der Zeit von 2005 bis 2024	107

2. Steuerfreiheit der Arbeitgeberanteile	109
III. Die Besteuerungsmodelle der nachgelagerten (konsumorientierten) und vorgelagerten (kapitalorientierten) Besteuerung	110
IV. Seit Anfang 2005: Systemwechsel von der sog. Ertragsanteilsbesteuerung hin zur nachgelagerten Besteuerung	112
1. Systemwechsel zur nachgelagerten Besteuerung: Endzustand und Übergangsphase	113
2. Bis Ende 2004: Ertragsanteilsbesteuerung	114
 <i>2. Teil</i> 	
Die Definition der doppelten Besteuerung	119
§ 3 Definitionsansatz	121
I. Anerkannter Definitionsansatz	122
1. Vergleich der Summe der aus versteuertem Einkommen entrichteten Beiträge mit der Summe bestimmter steuerunbelastet bezogener Leistungen	123
2. Zugrundelegung von Nominalwerten	124
3. Varianten des anerkannten Definitionsansatzes	126
II. Abweichende Definitionsansätze: Vergleich des geltenden Rechts mit einem angeblich steuersystematisch sachgerechten Besteuerungsmodell	129
III. Stellungnahme	135
1. Verfassungsrechtliche Ableitung des anerkannten Definitionsansatzes	135
2. Keine Anbindung der abweichenden Definitionsansätze an das Grundgesetz	138
3. Bagatellgrenze	139
§ 4 Konkretisierung der Vergleichsgröße „Summe bestimmter steuerunbelastet bezogener Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung“	140
I. Zu berücksichtigende Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung (prinzipielle Möglichkeit doppelter Besteuerung)	141
1. Bisherige Diskussion	141
2. Stellungnahme: Doppelte Besteuerung nur bei an das Alter anknüpfenden Leistungen	144
3. Versorgungsausgleich ohne Auswirkung	152
II. Relevante einkommensteuerliche Entlastungsbeträge	154
1. Vorbemerkung: Notwendigkeit einer „klassischen“ Auslegung des Einkommensteuergesetzes	156
2. Steuerfreier Teil der Rente nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. aa Satz 4 EStG	160
3. Grundfreibetrag nach § 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG	161
4. Sonderausgabenabzug für Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG	169

5. Steuerbefreiung von Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Sinne des § 249a SGB V bzw. § 106 SGB VI gemäß § 3 Nr. 14 EStG	176
6. Werbungskostenpauschbetrag gemäß § 9a Satz 1 Nr. 3 EStG und Sonderausgabenpauschbetrag gemäß § 10c EStG	180
III. Bestimmung der insgesamt während der Leistungsbezugsphase steuerunbelastet bezogenen Altersrenten	184
1. Zugrundelegung der statistischen Lebenserwartung des Steuerpflichtigen	185
2. Keine Berücksichtigung möglicher Leistungen an etwaige Hinterbliebene mit höherer statistischer Lebenserwartung	192
§ 5 Konkretisierung der Vergleichsgröße „Summe der insgesamt aus versteuertem Einkommen entrichteten Rentenversicherungsbeiträge“	196
I. Aufteilung des Höchstbetrags für den Sonderausgabenabzug nach altem Recht zwischen den Vorsorgeaufwendungen	198
II. Aufteilung des Höchstbetrags für den Sonderausgabenabzug zwischen zusammenveranlagten Ehegatten bzw. Lebenspartnern	206
III. Veranlagungszeiträume mit Steuerfestsetzung auf 0 DM bzw. 0 Euro	208
IV. Herausrechnen von Rentenversicherungsbeiträgen, die kalkulatorisch nicht auf die Finanzierung von an das Alter anknüpfenden Leistungen entfallen	210
1. Notwendigkeit des Herausrechnens bestimmter Beitragsanteile dem Grunde nach	211
2. Bestimmung der Höhe der herauszurechnenden Beitragsanteile unter Bezugnahme auf die Mittelverwendung der Rentenversicherungsträger	212
a) Argumente für die Bezugnahme auf die Mittelverwendung der Rentenversicherungsträger	214
b) Problem: Berücksichtigung der Bundeszuschüsse	216
V. Versorgungsausgleich	221

3. Teil

Konsequenzen doppelter Besteuerung	224
§ 6 Verfassungswidrigkeit des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. aa EStG	224
I. Grundsätzliche Möglichkeit der Rechtfertigung doppelter Besteuerung unter Typisierungsgesichtspunkten	227
II. Nichtvorliegen der Voraussetzungen einer verfassungsgemäßen Typisierung	230
III. Lösungsansätze zur Beseitigung der Verfassungswidrigkeit	236
§ 7 Umgang mit doppelter Besteuerung im Einzelfall	240
I. Der Anspruch des Steuerpflichtigen auf Milderung des Steuerzugriffs	242
II. Feststellungslast für das Vorliegen doppelter Besteuerung beim Steuerpflichtigen	245

Inhaltsverzeichnis	13
Zusammenfassung	248
1. Teil: Ausgangslage	248
§ 1 „Quelle“ und „dogmatische Herleitung“ sowie Inhalt des sog. Verbots der doppelten Besteuerung	248
§ 2 Besteuerung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und steuerliche Behandlung der Entrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen	249
2. Teil: Die Definition der doppelten Besteuerung	250
§ 3 Definitionsansatz	250
§ 4 Konkretisierung der Vergleichsgröße „Summe bestimmter steuerunbelasteter Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung“	251
§ 5 Konkretisierung der Vergleichsgröße „Summe der insgesamt aus versteuertem Einkommen entrichteten Rentenversicherungsbeiträge“	252
3. Teil: Konsequenzen doppelter Besteuerung	253
§ 6 Verfassungswidrigkeit des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. aa EStG	253
§ 7 Umgang mit doppelter Besteuerung im Einzelfall	254
Literaturverzeichnis	256
Sachverzeichnis	268